



JAHRESBERICHTE 2016

SP STADT BERN

**Wo gibt es
bezahlbaren
Wohnraum?**

JJA

**ZUM
VIERERFELD
AM 5. JUNI 2016**

evp Hausverein UNiA GFL SG MVR
LABEGL STADT Wohngemeinschaften suchen
betriebsnahe Wohnraum
für geringfügig Beschäftigte VCS
VCS
und Umwelt

www.viererfeld-ja.ch

Impressum

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern
Monbijoustrasse 61, Postfach 2947, 3001 Bern
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81
bern@spbe.ch, www.spbern.ch
Druck: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern
Auflage: 250
März 2017

Inhaltsverzeichnis

1. Bericht des Präsidiums	4
2. Bericht der SP-Fraktion	7
3. Bericht der Leitung des Wahlausschusses.....	11
4. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte.....	14
5. Gemeindeabstimmungen	17
6. Mitgliederentwicklung	18
7. Jahresrechnung	19
8. Gewinn- und Verlustrechnung.....	20
9. Berichte der Arbeitsgruppen	21
9.1 Arbeitsgruppe Bildung	21
9.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung.....	22
9.3 Arbeitsgruppe Kultur.....	23
9.4 Arbeitsgruppe Sicherheit.....	24
9.5 Arbeitsgruppe Sozialpolitik	25
9.6 Arbeitsgruppe Sport.....	26
9.7 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr	27
9.8 Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie.....	29
9.9 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit	30
10. Bericht der JUSO Stadt Bern	31
11. Kontaktadressen.....	36

1. Bericht des Präsidiums

Im Zentrum der Aktivitäten standen 2016 die städtischen Wahlen. Es drehte sich allerdings nicht alles um sie. Wir haben auch inhaltlich wichtige Pflöcke eingeschlagen. Insbesondere bei der Planung Viererfeld konnte ein zentrales Legislaturziel erreicht werden.

Ein wichtiges Thema war die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. Mit der TVS-Direktorin Ursula Wyss geht es in diesem Bereich vorwärts. Sie stellte an der Delegiertenversammlung (DV) vom Januar die Velooffensive und deren Umsetzung vor. Sie legte dar, dass diese Offensive nicht allein den Velofahrerinnen und Velofahrern zu Gute kommt, sondern allen; namentlich auch denjenigen, die zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind.

Bereits an der ersten DV wurde die Frage diskutiert, mit welchen Partnern wir in die Gemeinderatswahlen steigen sollen – die Bündnisfrage. In den beiden nächsten DVs war die Frage nach RGM oder Nicht-RGM zentral. Sollte die SP akzeptieren, dass auf der RotGrünMitte-Liste drei Personen fürs Stadtpräsidium kandidierten? Aus unserer Sicht war das für das Bündnis nicht förderlich. Deshalb forderten wir, dass sich die beiden grünen Parteien auf eine Stadtpräsidiumskandidatur einigen sollen. Sollten sie das nicht erreichen, würden wir uns überlegen, wie eine Gemeinderatsallianz mit dem Grünen Bündnis (GB) aussehen könnte. Wir trafen uns zu diesem Zweck mit der Parteispitze des GB für Verhandlungen, um auf die DV vom Mai eine entsprechende Variante vorlegen zu können. Kurz vor der DV dann die Ernüchterung: Das GB schloss ein Gemeinderatsbündnis mit der SP aus. Somit standen die Delegierten im Mai vor der Entscheidung entweder allein in die Gemeinderatswahlen zu ziehen oder auf einer RGM-Liste mit drei Kandidierenden für das Stadtpräsidium. Die Delegierten haben sich nach offener und intensiver Diskussion mit deutlicher Mehrheit für RGM ausgesprochen. Die SP rettete so das Weiterbestehen des Bündnisses.

Ungeachtet der Bündnisdiskussionen nominierten wir im März Ursula Wyss für das Stadtpräsidium und unsere KandidatInnen für den Gemeinderat. Zur Wahl stellten sich neben der Bisherigen Peter Marbet und Michael Aebersold. Die beiden Männer standen der Basis bei Auftritten in allen Sektionen Red und Antwort und gingen in eine Ausmarchung in der DV. Die Delegierten entschieden, neben Ursula Wyss mit Michael Aebersold in den Wahlkampf zu ziehen.

An der DV vom Mai nominierten wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat. 19 Frauen und 22 Männer bewarben sich um die vierzig Plätze auf der Liste. Damit konnte eine Gruppe von motivierten Kandidierenden für die Stadtratswahlen zusammengestellt werden. Sie und die vielen engagierten Mitglieder aus den Sektionen trugen unseren Wahlkampf. Sei es auf der Strasse bei Wind und Wetter oder am Telefon, die SP suchte den Kontakt mit den Wählenden und war sicht- und spürbar.

Das Engagement hat sich auszahlt. Gemeinsam mit den JUSO hat die SP-Fraktion einen Sitz zugelegt. Neu zählt die Fraktion 24 Sitze, zwei davon gehören den JUSO an. Im Gemeinderat wurde RGM gestärkt und kann nun mit vier von fünf Sitzen die Politik der Stadt prägen. Allerdings traf bei den Gemeinderatswahlen ein,

was wir befürchtet hatten. Medial stand die Stadtpräsidiumswahl derart im Fokus, dass die Gemeinderatskandidatur von Michael Aebersold nur wenig öffentliche Beachtung fand. Für das Stadtpräsidium erreichte im ersten Wahlgang niemand das absolute Mehr. Ursula Wyss, die das Rüstzeug für die erste Stadtpräsidentin mehr als mitbrachte und für eine klare Politik einstand, unterlag leider im zweiten Wahlgang dem Kandidaten der GFL.

Im Juni führten wir wiederum eine regionale DV durch. Diesmal diskutierten wir mit den SP-Sektionen aus Köniz, Ostermundigen, Zollikofen und Muri die Unterbringung von Asylsuchenden in der Region Bern. Freiwillige Hilfe war genauso Thema wie die Bedingungen in den Aufnahmezentren und die Integrationsmöglichkeiten. Schön, dass Bern eine solidarische Stadt ist, in der sich viele Freiwillige für Geflüchtete engagieren und sich über das Zusammenleben freuen.

An der DV vom August fassten wir ein heisses Eisen an – wir diskutierten und verabschiedeten unser neues Sicherheitspapier, das von der AG Sicherheit erarbeitet worden war. Das Papier berücksichtigt nun neu auch die kantonale Führung der Polizei, die aus Sicht der SP für die Stadt grosse Nachteile mit sich bringt, insbesondere was Kontrollmöglichkeiten anbelangt.

In der DV vom Oktober verabschiedeten wir nochmals ein Positionspapier. Auf der Grundlage des Papiers der AG Stadtentwicklung konnten wir unsere Haltung zu Mobilitätsfragen diskutieren und festhalten. Dabei wurden alle Bereiche im Raum Bern behandelt: FussgängerInnen, Velos, öffentlicher Verkehr, Autos und sogar der Flughafen.

Zum Abschluss des Jahres analysierte an unserer letzten DV 2016 Claude Longchamps die Wahlen und zeigte uns die Möglichkeiten und Chancen im zweiten Wahlgang für das Stadtpräsidium auf.

Neben den Wahlen galt es im Juni die zentrale Abstimmung darüber zu gewinnen, ob auf dem Mittel- und Viererfeld neue Wohnungen entstehen sollten. Die SP hat sich stark für diese Vorlage eingesetzt – es braucht dringend mehr Wohnungen in Bern. Mindestens 50% der Fläche ist für den genossenschaftlichen Wohnbau vorgesehen. Nachdem die Vorlage zwölf Jahre zuvor abgelehnt worden war, schafften wir es diesmal, die Mehrheit der Stimmbevölkerung zu überzeugen. Neben dem Viererfeld stimmte die Stimmbevölkerung 2016 zu, an drei weiteren Orten Wohnungen zu bauen, im Wankdorf, an der Reichenbachstrasse und an der Weltpoststrasse. Zudem wurden die Kredite für den Ausbau oder Umbau von vier Schulhäusern angenommen (Stapfenacker, Lorraine, Depotstrasse und Kirchenfeld).

Daneben befassten wir uns mit zwei wichtigen Planungsgeschäften. Im Frühling 2015 gab die BLS bekannt, dass sie im Westen Berns eine neue Werkstätte zum Unterhalt der S-Bahnzüge bauen will. Der Protest liess nicht lange auf sich warten. Die BLS setzte daraufhin eine Begleitgruppe ein, um Standorte zu evaluieren. Für die SP Stadt Bern nahm Stefan Jordi an den Begleitgruppensitzungen teil. Schliesslich gab die BLS bekannt, dass sie der Empfehlung der Begleitgruppe folgen werde, die Werkstätte in Chliforst Nord zu bauen. Dieses Gebiet liegt zwar auf Stadtberner Boden, behindert aber nicht die Stadtentwicklung und verbraucht weniger Kulturland.

Wie sich die Stadt in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren entwickeln soll, wurde im neuen STEK (Stadtentwicklungskonzept) festgehalten. Dieses wurde in einem aufwändigen, partizipativen Prozess erarbeitet und bezeichnet Entwicklungsschwerpunkte für die Zukunft. Ebenfalls zukunftsweisend, aber auf einem anderen Gebiet, ist die Kulturstrategie, die in diesem Jahr mit breiter Mitwirkung entwickelt wurde. Dabei flossen wesentliche Punkte aus dem SP-Kulturpapier, wie etwa die Förderung der Jugendkultur, ein.

Personell gab es in der Parteileitung eine Änderung: Andrea Utzinger hat die Parteileitung verlassen, um in Zürich neue Herausforderungen anzugehen. Dafür konnten wir Martina Eggenschwiler, Co-Präsidentin der AG Sozialpolitik, als neues Parteileitungsmitglied gewinnen. Ebenfalls Mitglied der Parteileitung war der Co-Wahlleiter Daniel Rauch.

Allen, die sich in diesem Jahr für die SP engagiert und exponiert haben, danken wir ganz herzlich – ohne diesen Einsatz wäre sozialdemokratische Politik in der Stadt Bern nicht möglich!

Edith Siegenthaler und Stefan Jordi, Co-Präsidium SP Stadt Bern



2. Bericht der SP-Fraktion

Personelles

Nach mehr als fünfeinhalb Jahren als Fraktionspräsidentin lösten wir Annette Lehmann im Februar als Co-Präsidentinnen ab. Gleichzeitig vervollständigte die Fraktion ihr **Präsidium** mit der Wiederwahl von Peter Marbet als Vizepräsidenten.

In der Faktion kam es im August zu zwei **Wechseln**: Annette Lehmann und Stefan Jordi traten zurück, Barbara Nyffeler und Edith Siegenthaler rutschten nach. Auf Ende Legislatur verabschiedete sich Gisela Vollmer wegen Amtszeitbeschränkung aus dem Stadtrat – ebenso Thomas Göttin. Er führte das Parlament als Stadtratspräsident souverän durch das Wahljahr. Nochmals herzlichen Dank an Annette, Stefan, Gisela und Thomas für ihre Arbeit.



Abschied nehmen hiess es auch von Stadtpräsident Alex **Tschäppät**. Zwölf Jahre lang führte er den Gemeinderat. Unter seiner Leitung investierte Bern in die Lebensqualität, freute sich an Grossanlässen und baute oder plante Tausende von Wohnungen. Mit Alex geht eine Ära zu Ende. Bundesrätin Simonetta Sommaruga brachte es an seiner Abschiedsfeier auf den Punkt: «Alex ist nicht populistisch, sondern populär». Auch ihm gilt unser grosser Dank.

Parlamentarische Arbeit

Das Berichtsjahr war für den Stadtrat **arbeitsreich**. Er behandelte fast ein Viertel mehr Geschäfte als in den Vorjahren, wobei allein der Zuwachs bei den Gemeinderatsgeschäften rund hundert Vorlagen betrug. Nachfolgend ein thematisch gegliederter Überblick:

Gleich an der ersten Stadtratssitzung erreichten wir mittels zweier interfraktioneller Motionen, dass das Zieglerspital als **Asylunterkunft** zwischengenutzt wird; als Ersatz für die umstrittene Notunterkunft Hochfeld.

Auch bei einem unserer politischen Schwerpunkt – genügend und bezahlbaren **Wohnraum** in Bern – ziehen wir eine erfolgreiche Bilanz: Zwölf Jahre nach der knappen Ablehnung hiess die Stimmbevölkerung die Einzonung und den Erwerb des Viererfelds gut. Mit dem guten Ende des wohl wichtigsten Geschäfts des Jahres ist der Weg frei für ein neues Stadtquartier mit etwa dreitausend Bewohnerinnen und Bewohnern auf dem Vierer- und Mittelfeld. Bei der Mutachstrasse stimmte der Stadtrat der Abgabe im Baurecht an eine gemeinnützige Bauträgerschaft zu. Damit wird der Bau von neuen, preisgünstigen Wohnungen und einem Stadtteilpark ermöglicht. Wohnbaupolitische Erfolge waren auch die deutlichen Ja-Mehrheiten der Stimmberechtigten zur Überbauungsordnung Weltpoststrasse Nord und zur Zonenplanänderung für das Areal der ehemaligen Krankenpflegeschule Engeried an der Reichenbachstrasse 118. Breite Zustimmung gab es auch zur Weiterentwicklung von WankdorfCity, vor allem als Dienstleistungs- und weniger als Wohnareal.

Bern ist wieder so attraktiv, dass viele hierherziehen; besonders auch Familien. Diese erfreuliche Tatsache – verbunden mit jahrelang vernachlässigter Instandhaltung der Infrastruktur – rückten die **Schulraumpolitik** in den Fokus. Der Schulraum ist in vielen Quartieren knapp. Bis 2024 will die Stadt etwa eine halbe Milliarde Franken in Schulbauprojekte investieren. Viel zu reden gab im 2016 die Erweiterung des Kirchenfeldschulhauses, wobei das Stimmvolk den Baukredit schliesslich deutlich guthiess.

Neben Bau und Sanierung von Schulhäusern sollen gegen die Raumknappheit auch bessere Arbeitsabläufe und Personaleinsatz etwas Abhilfe bringen. Unsere entsprechende Motion für die Schaffung einer Fachstelle hat der Stadtrat überwiesen. Anfang September nahm der Stadtrat die Bildungsstrategie des Gemeinderats zustimmend zur Kenntnis.

Das ganze Jahr befasste sich der Stadtrat wiederholt mit dem **Veloverkehr**. Bern soll Velohauptstadt werden. Wir sprachen einen Kredit für die Umsetzung einer ersten Velohaupttroute Wankdorf, einen Planungskredit für ein Veloverleihsystem und überwiesen Vorstösse zur Velooffensive und zur Velohauptstadt.

Auch bei der Aufwertung des **öffentlichen Raums** kamen wir voran: Nach dem klaren Ja der Stimmberechtigten zur Aufwertung des Breitenrain- und Eigerplatzes im Jahr 2015 sind die Bauarbeiten im Gang. Im Burgfeld weihten wir die zweite grossflächige Begegnungszone ein.

Bern soll wachsen, ohne dass die Lebensqualität der BewohnerInnen darunter leidet. Mit dem **Stadtentwicklungskonzept** (STEK) gab sich die Stadt hierzu nach 21 Jahren neue strategische Leitlinien. Die Erarbeitung des STEK erfolgte nach mehreren Diskussionen im Stadtrat und umfasste auch eine breite Partizipation mit drei Foren und einer öffentlichen Mitwirkung.

Kurz vor Ende der Legislatur machte der Stadtrat mit grossem Mehr den Weg frei für eine neue 50-Meter-**Schwimmhalle** im Neufeld, indem er einen Projektkredit von 6,7 Millionen Franken guthiess. Die Kosten für den Bau werden auf 55 bis 70 Millionen Franken geschätzt.

Bern verfügt nun für die nächsten zwölf Jahre über eine **Kulturstrategie**. Sie ist eine Vision für die Kulturstadt Bern 2028 und benennt sechs strategische Handlungs-

felder für die Arbeit der städtischen Direktionen. Bevor der Gemeinderat sie verabschiedete, diskutierte der Stadtrat intensiv über diese kulturpolitischen Leitplanken.

Die **Reitschule** veranlasste den Stadtrat auch in diesem Jahr zu längeren Debatten. Ende Mai bewilligte der Stadtrat den Kredit für den vierjährigen Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule IKuR. Mit einer temporären Schliessung von Anfang Juli bis August setzte die Reitschule ein Zeichen, dass sie die Verantwortung für Probleme auf dem Vorplatz weder tragen kann, noch will. Weiter wurde die autofreie Schützenmatt in den Sommermonaten mit dem "Neustadt-Lab" belebt.

Die **Budgetdebatte** ist im Wahljahr vergleichsweise entspannt verlaufen. Das Budget weist einen Überschuss von 10,473 Mio. Franken aus, der in die neu geschaffene Spezialfinanzierung für Schulbauten eingelegt werden soll. Unser Antrag auf Reallohnerhöhung sowie unser Antrag auf Ausrichtung einer Einmalprämie an das städtische Personal fanden leider keine Mehrheit.

Nach vielen Jahren fand im August 2016 wieder einmal ein **Stadtfest** statt und zwar im Westen Berns. Rund 120'000 Personen feierten trotz teilweise schlechtem Wetter während drei Tagen in Bümpliz-Bethlehem.

Im Juni führte uns unser **Fraktionsausflug** nach Mürren. Nachdem die Aussicht vom Schilthorn wegen Nebels getrübt war, wurde die Stimmung durch die anschliessende Schneeballschlacht und den Rundgang durch Mürrens Nachtleben rasch aufgeheitert. Perfekte Gastgeber im Hotel Regina waren das Ehepaar Gisela und Peter Vollmer.



Zuletzt danken wir der Fraktion herzlich für ihr Engagement im Stadtrat wie auch in den vorberatenden Kommissionen und Arbeitsgruppen. Wir freuen uns, 2017 wieder gemeinsam mit der JUSO mit neu 24 Fraktionsmitgliedern im Stadtrat aktiv zu

sein und uns weiterhin für eine weltoffene und solidarische Stadt für alle einzusetzen.

Marieke Kruit und Lena Sorg, Co-Präsidentinnen der SP-Fraktion



Marieke Kruit



Lena Sorg



Peter Marbet



Katharina Altas



Yasemin Cevik



Rithy Chheng



Benno Frauchiger



Thomas Göttin



Nadja Kehrli



Ingrid Kissling



Fuat Köçer



Martin Krebs



Nora Krummen



Barbara Nyffeler



Lukas Meier



Patrizia Mordini



Halua Pinto



Edith Siegenthaler



David Stampfli



Bettina Stüssi



Michael Sutter



Gisela Vollmer



Johannes Wartenweiler

3. Bericht der Leitung des Wahlausschusses

Der Wahlausschuss (WAS) war für die operative Planung, Durchführung und Auswertung der SP-Kampagne für die Stadtratswahlen 2016 zuständig. Er wurde am 14. Oktober 2015 von der GL eingesetzt und von Daniel Rauch und Michael Sutter geleitet. Die weiteren Mitglieder des WAS waren: Oliver Aeschlimann, Myriam Holzner, Barbara Keller, Esther Muntwyler, Emmanuel Neuhaus, Fabio Peter, Hannes Rettenmund, Meret Schindler, Zora Schindler, Michael Sutter, Johannes Wartenweiler, Elisabeth Wymann (später ersetzt durch Szabolcs Mihalyi), Simon Zurbrügg und Jonas Zürcher.

Der WAS nahm seine Arbeit am 21. November 2015 mit einer Retraite auf und traf sich anschliessend bis zu den Wahlen in der Regel monatlich. Innerhalb des WAS wurden drei Arbeitsgruppen gebildet: AG Aktionen (Planung und Umsetzung von Aktionen), AG Drucksachen (Konzeptionierung der Wahlbroschüre, der Sektionsflyer und der Postkarten) und AG Online (Erarbeitung eines Konzepts für den Online-Wahlkampf und Gestaltung der Wahl-Homepage).

Die Wahlkampagne

Der bereits 2012 verwendete *Slogan* „Stadt für alle statt für wenige“ wurde beibehalten und der gesamte grafische Auftritt lehnte sich wiederum stark am Erscheinungsbild der SP Schweiz an. Auf die Unterstützung durch ein Kampagnenbüro wurde verzichtet; die Gestaltung der Printprodukte erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den GrafikerInnen des Atelier Bläuer.

Als *Wahlmaterial* stellte die SP den Kandidierenden Postkarten und den Sektionen einheitlich gestaltete Flyer zum Verteilen zur Verfügung.

Die inhaltlichen *Schwerpunkte* der Kampagne wurden in der *Wahlplattform* festgehalten, welche am 2. Mai 2016 von der DV verabschiedet wurde. Unsere beiden Schwerpunkte für den Wahlkampf waren „eine lebenswerte Stadt, in der sich alle wohl fühlen“ und „eine offene und solidarische Stadt für alle“. Da der Wahlkampf vom Gerangel ums Stadtpräsidium dominiert war, fanden politische Inhalte leider kaum Beachtung.

Die *Aktionen* der Wahlkampagne fanden in zwei Phasen statt: Im Sommer wurden Unterschriften für das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III gesammelt und Ballone verteilt; in der Schlussphase des Wahlkampfes im November wurden Verteilaktionen beim Bahnhof durchgeführt, bei denen die Kandidierenden Postkarten, Leuchtstifte und Rosen verteilten. Die Sektionen ihrerseits führten ebenfalls zahlreiche Aktionen in allen Stadtteilen durch.

Wie schon bei den Nationalratswahlen 2015 wurde wiederum eine sogenannte *Basiskampagne* durchgeführt. In einer ersten Welle wurden alle Mitglieder angerufen, ob und auf welche Weise sie bereit sind, sich im Wahlkampf zu engagieren. In den Wochen vor dem Wahltag fanden dann zahlreiche Telefonanlässe statt, an denen unsere Mitglieder fast 5000 Wählerinnen und Wähler kontaktierten, um sie an den Wahltag zu erinnern und zu überzeugen, ihre Stimme der SP zu geben. Auf diese Weise konnte ein grosser Teil unserer Basis aktiviert und in den Wahlkampf der SP eingebunden werden. Die eigens für die Basiskampagne eingestellte Campaignerin

Daria Vogrin und der Praktikanten Rafael Egloff zeigte einen bemerkenswerten Einsatz und leisteten hervorragende Arbeit. Beiden sei an dieser Stelle herzlich für ihr riesiges Engagement im Wahlkampf gedankt.

Ergebnis der Stadtratswahlen

	1992		1996		2000		2004		2008		2012		2016	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
SP	27.4	23	32.8	28	34.1	28	29.1	24	24.6	20	26.8	23	26.4	22
JUSO											1.1	0	2.4	2
GFL (& LDU)	8.7	7	7.8	7	5.9	5	11.6	10	10.9	9	9.4	8	10.4	8
GB	6.6	6	8.1	6	6.9	6	9.3	8	8.9	8	10.4	9	10.2	9
JA!	1.3	1	2.4	2	2.6	2	2.6	2	3.2	2	2.1	1	3.0	2
GPB-DA	3.2	2	1.3	1	1.5	1	1.8	1						
EVP	3.5	3	3.3	2	3.0	2								
RGM	50.7	42	55.7	46	54.0	44	54.3	45	47.6	39	49.9	41	52.3	43
EVP							3.6	2	2.7	2				
PdA	0.6	0					1.6	1	1.6	1	1.0	1	1.7	1
GPB-DA									2.4	2	1.8	1	1.4	1
AL											1.5	1	2.2	2
kleine Linke							1.6	1	4.0	3	4.3	3	5.3	4
FDP	16.3	14	16.0	14	18.7	17	16.1	14	10.9	9	9.0	8	10.4	9
Jungfreisinn	2.0	1	1.8	1	2.0	1	2.0	1	1.2	1	1.0		0.9	-
SVP/JSVP	9.3	8	9.4	8	13.6	11	12.9	10	9.2	8	11.1	10	11.1	9
CVP	4.0	3	3.4	2	3.8	3	3.9	3	3.6	3				
Die Lib.soiz.									1.0	0				
„Mir si Bärn“													0.5	-
Bürgerliche	31.6	26	30.6	25	38.1	32	34.9	28	25.9	21	21.1	18	22.9	18
BDP									7.9	6	7.8	7	3.7	3
„Die Mitte“									1.0	1				-
glp									5.2	4	8.1	7	7.8	7
junge glp													2.0	1
CVP											2.8	2	2.4	2
EVP											3.1	2	2.7	2
Mitte									14.0	11	24.7	18	18.6	15
SD	5.8	4	5.7	4	3.1	3	2.8	2	1.2	1	0.9	0	0.3	-
EDU	1.9	1	1.8	1	1.7	0	1.3	1	1.3	1	1.2	0	0.7	-
ARP	2.3	2	2.2	2	1.7	1	1.4	1	0.6	0				
FPS	6.9	5	3.2	2	0.8	0								
Bürger P.			0.6	0	0.3	0								
Jimmy Hofer									2.8	2				
Rechte	16.9	12	13.5	9	7.7	4	5.5	4	5.8	4	2.1	0	1.0	0
Piraten											0.7	0		

Bei den Stadtratswahlen konnten das RGM-Lager dank den Jungparteien JUSO und JA! zwei Sitze dazugewinnen. Die AL holte einen zweiten Sitz, während die SVP und v.a. die BDP Sitzverluste hinnehmen mussten. Insgesamt ist das Parlament damit weiter nach links gerückt. Die SP hat zwar einen Sitz verloren, wegen der beiden Sitzgewinne der JUSO ist die Fraktion dennoch um einen Sitz gewachsen und besteht neu aus 24 Stadträtinnen und Stadträten.

Ergebnis der Gemeinderatswahlen

	2012		2016	
	In %	Sitze	In %	Sitze
RGM	59.0	3	61.8	4
Mitte-Liste	18.2	1	13.1	1
SVP	22.8	1	10.7	-
FDP			11.4	-
“Neue Berner Welle”			2.6	-
SD			0.4	-

Die RGM-Liste konnte ihr bislang bestes Ergebnis von 2012 erneut um fast drei Prozent steigern und errang einen vierten Sitz im Gemeinderat. Es reichte sogar fast für einen fünften Sitz. Weil SVP und FDP diesmal getrennt zu den Wahlen angetreten sind, konnte die Mitte-Liste ihr Mandat trotz grossem Rückgang des WählerInnenanteils halten.

Michael Sutter, Co-Leiter Wahlausschuss



4. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte

Januarsession 2016

Der Antrag auf Rückweisung des **Dekrets über die allgemeine Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke** wurde trotz Widerstand von Linksgrün angenommen. Das Andauern veralteter Bewertungen ist rechtswidrig. Der Hauseigentümergeverband applaudiert.

Ein Gegenvorschlag des Regierungsrats zur **Kulturlandinitiative** (1. Lesung), der eine Änderung des Baugesetzes (BauG) beinhaltet, wurde vom Grossen Rat erstaunlicherweise nur wenig gerüpft gutgeheissen. Die Initiative wurde daraufhin zurückgezogen. Mit der Änderung wird der Schutz des Kulturlands wesentlich ausgebaut. Ob der Kulturlandschutz auch dann gilt, wenn es um Strassenbau geht, ist aus folgendem Beispiel (Septembersession) zu ersehen: Kein Bauernvertreter äusserte sich gegen eine Strasse mitten durch Kulturland bei Aarwangen..

Mit Ausnahme von Art. 18 wird die **Änderung des Baugesetzes** in der Märzsession behandelt (2. Lesung). Dazu ein «geschichtlicher» Abriss: Die Vorschriften für die Neuerstellung von Parkplätzen (PP) bei Neubauten unterstanden früher der Gemeindeautonomie. Davon machte die SP Stadt Bern Gebrauch, als sie 1989 ihre Pendlerinitiative gegen vehementen bürgerlichen Widerstand durchbrachte. Darin war etwa enthalten, dass bei Bürobauten pro 10 Arbeitsplätze höchstens ein PP gebaut werden darf. FDP und SVP arbeiteten hart daran, dass der Regierungsrat ca. 10 Jahre später die Gemeindeautonomie in diesem Bereich abschaffte und eine kantonsweit geltende Regelung zur PP-Erstellung erliess. Die Pendlerinitiative war damit verschrottet. Mit dem SP-Antrag zu Art. 18 wäre ein Teil dieser Gemeindeautonomie wiederhergestellt worden. In der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) wurde der Antrag mit 10:6 Stimmen angenommen. Die Leute dort kannten die Vorgeschichte (oben) nicht. Im Rat wurde daraufhin ein Antrag von BDP/EDU/FDP/glp/SVP angenommen. Der von der SP eingebrachte Art. 18 war damit gestrichen. Die «jungen» Bürgerlichen wurden offenbar vorher von den «alten» aufgeklärt, der SP-Antrag sei nur für die Stadt Bern interessant. Die Bürgerlichen vom Land möchten in der Stadt möglichst viele und vor allem günstige PP.

Märzsession

Eine **Motion der FDP** für eine **Steuersenkung** wurde gegen den Widerstand von SP und den Grünen angenommen. Dies ist insbesondere angesichts der Ausgaben, die in der Septembersession beschlossen wurden, interessant (siehe unten).

Junisession

Die **Motion der SP (Michael Aebersold): Offenlegung der Einkünfte aus Interessenbindungen für Mitglieder des Grossen Rates** wurde in der Junisession beraten. Bislang müssen die Grossräte ihre Interessenbindungen offenlegen. Die Motion verlangte zusätzlich u.a. die Offenlegung der Einkünfte aus Interessenbin-

dungen, was der Rat ablehnte (86:59). Die Affäre Christa Markwalder schien bei den Bürgerlichen nicht die geringsten Spuren hinterlassen zu haben.

Die Forderung der **SP-Motion «Offenlegung der Politikfinanzierung»** fand immerhin als Postulat eine Mehrheit.

In die Junisession fiel die 2. Lesung der **Änderung des Baugesetzes** (BauG.). Durch die Annahme des Raumplanungsgesetzes auf eidgenössischer Ebene waren die Voraussetzungen für Fortschritte im Bernischen BauG günstig. So konnten die Bürgerlichen die Aufnahme der Mehrwertabschöpfung für den ganzen Kanton nicht verhindern: diese beträgt mindestens 20 %, die Gemeinden können aber auch höher gehen. Leider wurden die Kiesausbeuter gegen den Willen der SP von der Mehrwertabschöpfung verschont. Ähnlich erfolglos war die Linke beim Denkmalschutz: So dürfen nur noch maximal 7 % aller Häuser unter Denkmalschutz gestellt werden. Heute sind es ca. 10 %. Das Argument der Bürgerlichen war, dass der Denkmalschutz eine Verdichtungsbremse sei. Besser ging's mit den Zweitwohnungen, wo die Gemeinden eine Lenkungsabgabe einführen dürfen. Den SP-Zweitwohnungsbesitzern konnten wir leider nicht helfen. Die Massnahmen gegen die Hortung von Bauland blieben leider eher zahm. Auch die Enteignung, die wir als ultima ratio verlangten, fand keine Mehrheit. In der Schlussabstimmung enthielten sich etliche Mitglieder der SP-Fraktion der Stimme. Das Gesetz ist nicht berauschend, aber man kann damit leben.

Septembersession

Beim **Wassernutzungsgesetz (Änderung)** kam die SP mit ihrem Anliegen, wonach der Kanton den höchstmöglichen Wasserzins einfordern sollte, nicht durch.

Beraten wurde auch der **Projektierungskredit Zufahrten Emmental - Umfahrungen Oberburg und Hasle**. Der Baukredit für dieses Projekt wird heute auf ca. 420 Mio. (!) Franken geschätzt. Schon früher hatte der Grosse Rat die Gelder, die für das Tram Region Bern vorgesehen waren, dem Strassenbau zugeschanzt. Die SP war dagegen. Beim Bypass Thun Nord hatte sich gezeigt, dass ein Ja zur Projektierung auch ein Ja zum Baukredit bedeutet. Die BaK-Mehrheit unterstützte die Projektierung für die Zufahrten Emmental, die BaK-Minderheit wollte das Geschäft zurückweisen mit der Bedingung, dass eine ausgebaute Null+Variante (ohne Umfahrungen) vorzulegen sei. Die SP war gespalten: In der Fraktion erzielte die Rückweisung eine Stimme mehr. Der Rückweisungsantrag wurde im Rat mit 106:37 Stimmen abgelehnt.

Mit dem **Projektierungskredit für die Umfahrung Aarwangen** soll eine 3.6 km lange neue Strasse durch schönstes Kulturland geplant werden! Der Baukredit für dieses Projekt wird heute auf ca. CHF 136 Mio. Franken geschätzt. Das Szenario war dasselbe wie vorher im Fall Emmental: Der Rückweisungsantrag wurde mit 102:45 Stimmen abgelehnt. Von den sechs SP-Grossräten aus der Stadt Bern unterstützten 3 den Rückweisungsantrag (bei einer Enthaltung und zwei Abwesenden). Der VCS hat mit den Grünen ein Referendum zustande gebracht. Die SP Stadt Bern ist später zum Komitee gestossen, was leider kaum jemand weiss.

Die beiden Strassen würden zusammen ca. **0,57 Mrd. Franken** kosten; und das in einem Kanton, der mit der Senkung der Sozialhilfe unrühmliche Massstäbe mit weitreichender Wirkung setzt.

Novembersession

Der neue Regierungsrat legte eine **Steuerstrategie** vor, die einseitige Steuersenkungen vorsieht (USR III lässt grüssen). Die Rückweisungsanträge von SP und Grünen scheiterten.

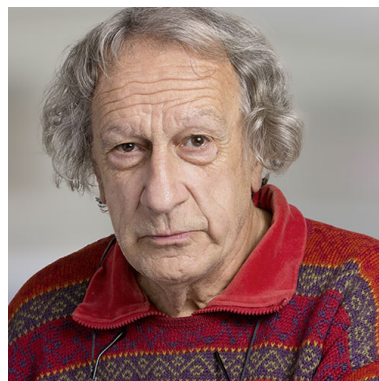
Der neue **Richtplan 2030** ist einigermaßen akzeptabel; dies allerdings nur, weil mit dem neuen Raumplanungsgesetz von Bundesseite her Druck entstand. Bei der Umsetzung müssen wir Regierungsrat Neuhaus genau auf die Finger schauen.

Zwei Vorstösse von SVP und BDP zur Korrektur der Prämienregionen wurden überwiesen. Bundesrat Berset will die Prämienregionen der Krankenkassen vereinfachen, was im Interesse der Stadt Bern ist. Die Bürgerlichen wiederum wollen auf dem Land keine höheren Prämien.

Res Hofmann, Grossrat



Michael Aebbersold



Res Hofmann



Ursula Marti



Meret Schindler



Béatrice Stucki



Nicola von Greyerz

5. Gemeindeabstimmungen

5. Juni

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Teilrevision des Reglements über die politischen Rechte: Finanzierung der anerkannten Quartierorganisationen	Ja	Ja (71.7 %)
Ersatzneubau Volksschule Stapfenacker: Baukredit	Ja	Ja (90.0 %)
Viererfeld: Zonenplan und Kredit für Grundstückserwerb und Arealentwicklung	Ja	Ja (53.0 %)
Zonenplan Mittelfeld	Ja	Ja (57.1 %)
Gesamtsanierung Volksschule Lorraine: Baukredit	Ja	Ja (90.5 %)
Weiterentwicklung WankdorfCity: Abgabe von Land im Baurecht und Kreditaufstockung	Ja	Ja (75.1 %)

25. September

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Gesamtsanierung und Erweiterung Volksschule Kirchenfeld: Baukredit	Ja	Ja (70.5 %)
Zonenplan Reichenbachstrasse 118	Ja	Ja (79.9 %)

27. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Kindergarten und Tagesschule Länggasse, Neubau Depotstrasse: Baukredit	Ja	Ja (85.6 %)
Überbauungsordnung Weltpoststrasse Nord	Ja	Ja (81.0 %)
Produktgruppen-Budget 2017 der Stadt Bern	Ja	Ja (78.4 %)

6. Mitgliederentwicklung

Stichtag: 01.01.2017

Sektion	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Diff. 15/16	Dele- gierte
Altstadt- Kirchenfeld	195	182	182	183	191	192	182	179	176	172	- 4	9
Bümpliz / Bethlehem	228	220	219	205	208	203	202	210	217	218	+ 1	11
Holligen	70	73	72	63	71	71	68	71	69	74	+ 5	4
Länggasse- Felsenau	216	220	188	171	178	172	155	174	179	187	+ 8	10
Nord	271	256	259	251	240	235	254	253	264	284	+ 20	15
Ost	189	171	167	148	162	176	180	178	188	194	+6	10
Süd	163	158	164	168	180	168	178	168	165	175	+ 10	9
Einzelmit- glieder	14	12	11	9	7	6	6	5	5	4	- 1	-
Total	1346	1292	1262	1198	1237	1224	1225	1238	1263	1308	+ 45	68

7. Jahresrechnung

Bilanz per 31. Dezember 2016

Aktiven	220'579.46
Postkonto 30-8910-5	135'734.91
Postkonto 31-590906-3	5'472.00
Postkonto 92-958286-0	56'877.55
Debitoren Sektionen	0.00
Debitoren andere	22'395.00
Debitoren VST	0.00
Transitorische Aktiven	100.00
Passiven	220'579.46
Kreditoren	18'221.65
Kreditoren automatisch	0.00
Transitorische Passiven	102'035.45
Wahlfonds	11'178.00
Kampagnenfonds	10'000.00
Fonds politische Rechte	11'757.20
Finanzausgleichsfonds	2'528.75
Gewinnvortrag 01.01.2016	68'696.67
Verlust 31.12.2016	-3'838.26
Gewinnvortrag 31.12.2016	64'858.41

8. Gewinn- und Verlustrechnung

1.1.-31.12.2016

	Rechnung 15	Budget 16	Rechnung 16
Total Aufwand	135'552.10	322'930.00	313'008.26
Kampagnen	6'060.55	1'000.00	9'058.35
Wahlen		196'000.00	179'196.13
Veranstaltungen öffentlich	1'381.40	500.00	1'304.15
Unterstützungen extern	1'290.00	1'200.00	1'540.00
Werbung/Information	1'001.95	1'000.00	1'391.25
Einlage Wahlfonds	29'000.00	0.00	0.00
Einlage Kampagnenfonds	6'000.00	0.00	0.00
Parteiversammlungen	3'152.10	4'000.00	4'590.40
regiolinks.be / Info	6'641.65	6'500.00	6'290.70
Anlässe	934.70	1'000.00	381.65
Unterstützungen Intern (JUSO)	2'500.00	2'500.00	3'200.00
Einlage Fonds pol. Rechte	300.00	300.00	300.00
Abschreibungen	950.00	0.00	0.00
Beitrag SP Kanton	70'963.00	101'430.00	100'340.00
Administration	1'906.00	3'000.00	2'445.13
Kredit GL	1'578.65	3'000.00	2'645.30
Internet	414.05	1'500.00	325.20
Diverses	1'478.05	0.00	0.00
Steuern	-	-	-
Total Ertrag	140'067.50	318'650.00	309'215.00
Sektionsbeiträge	114'127.00	118'500.00	119'363.00
Mandatsabgaben	25'859.00	20'000.00	19'360.00
Spenden	-	-	-
Ertrag Kampagnen	-	-	-
Wahlfinanzierung	-	90'000.00	80'402.00
Übriger Ertrag	-	0.00	0.00
Zinsertrag	81.50	150.00	45.00
ausserordentlicher Ertrag	-	0.00	0.00
Entnahme Wahlfonds		90'000.00	90'000.00
Erfolg	4'515.40	-4'280.00	-3'838.26

9. Berichte der Arbeitsgruppen

9.1 Arbeitsgruppe Bildung

Die Zusammenarbeit in der AG Bildung der SP Stadt läuft zufriedenstellend. Aktiv nehmen rund 10 Personen aus verschiedenen Schulkreisen und andere an der Bildung interessierte Personen teil und es ist eine gewisse Verbindlichkeit bei der Teilnahme an den Sitzungen entstanden.

Die Vorbereitung der einzelnen Sitzungen erfolgt im Wechsel durch Mitglieder der AG Bildung, welche inhaltliche Ressourcen zum Thema haben. Die Sitzungsleitenden sind mit dem Thema vertraut, die einzelnen Informationen stets fundiert und aufschlussreich, der darauffolgende Austausch engagiert und dynamisch. Alle können sich einbringen, jede Meinung ist gefragt und die Themen werden kontrovers diskutiert. Der Anspruch, dass die Anwesenden die Entscheide als Grundlage für weitere Arbeitsgruppen oder Diskussionen in andern Gremien verwenden können, wurde erfüllt.

In der ersten Sitzung im März gingen wir auf das von der Stadtpartei gewünschte Thema ein und wir beurteilten die Schulstrukturen der Stadt Bern, unter anderem die Rolle der Schulkommissionen, der Volksschulkonferenz (VSK), der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS), der Schulleitungen und vieles mehr. Auslöser für die Beurteilung war eine bürgerliche interfraktionelle Motion im Stadtrat für die Änderung der Schulstrukturen. Die AG Bildung kam zum Schluss, sich für den Erhalt des Status quo einzusetzen. Es macht wenig Sinn, kurz nach einer durchgeführten Vernehmlassung (2010) sowie nach der anschliessenden Ablehnung der Vorlage im Stadtrat (2012), bei der sich die Mehrheit für den Erhalt der bestehenden Strukturen ausgesprochen hat, diese erneut zu diskutieren. Die AG findet, dass die Aufgaben und Kompetenzen der Schulkommissionen im Reglement schlüssig beschrieben sind und dass es in den einzelnen Schulkreisen zweckmässige Schulprogramme und Leitbilder gibt. Die VSK als Bindeglied zwischen Schulkreisen und BSS macht Sinn. Die geschäftsführenden Schulleitungen haben ein individuell angepasstes Pflichtenheft und die Aufgaben und Kompetenzen der Standortschulleitungen sind kantonal geregelt.

Die Weiterarbeit an diesem Thema erfolgte an der ersten Sitzung im Jahre 2017 als Vorbereitung auf das Hearing des Schulamtes zu den Schulstrukturen vom 15.1.2017. Der AG Bildung ist es wichtig, dass ihre Mitglieder eine gemeinsame Meinung haben und diese nach aussen vertreten.

Bei der zweiten Sitzung im Jahre 2016 stellte uns Irene Hänsenberger, Leiterin Schulamt, die Schwerpunkte der Direktion für Bildung, Soziales und Sport vor. Sie zeigte auf, welche Themen beim Schulamt derzeit aktuell sind, welche Arbeiten/Aufträge bereits erledigt sind und wo noch Handlungsbedarf besteht.

Im Berichtsjahr 2016 wurden zwei Plenaranlässe sowie verschiedene Vorbereitungssitzungen durchgeführt.

Für die AG Bildung: Barbara Breitenstein und Cipriano Alvarez

9.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung

Die AG Gleichstellungspolitik ist von der GL beauftragt, ein neues Positionspapier zur Gleichstellungspolitik auszuarbeiten – das letzte Positionspapier stammt von 1997 und ist der heutigen Zeit und den heutigen Herausforderungen nicht mehr angemessen.

Die Arbeitsgruppe hat in der ersten Jahreshälfte jedoch nur zweimal getagt und kam dabei in der Neuausarbeitung des Papiers nicht wirklich weiter. Ein weiterer Termin im August musste kurzfristig abgesagt werden, ein Ersatztreffen fand nicht mehr statt.

Weil die Arbeitsgruppe personell sehr homogen aufgestellt ist, versuchten wir, weitere Perspektiven auf das Thema durch die Befragung von Interessensgruppen aufzunehmen; stiessen dabei aber auf keinerlei Resonanz.

Ein wesentliches Problem der AG ist seit Jahren die schmale personelle Basis, auch im 2016 zählten wir nur 4 Mitglieder: Benno Frauchiger, Stefan Müller, Edith Siegenthaler und Nathalie Studer. Die Leitung lag bei Stefan Müller.

2017 muss die Arbeitsgruppe neu gestartet werden. Zusammenarbeit und Leitung müssen neu geregelt, der Auftrag und die Ausrichtung des Positionspapiers neu diskutiert werden. Eventuell muss auch darüber nachgedacht werden, dass die Ausarbeitung eines Grundlagenpapiers zurückgestellt wird und sich die AG vorderhand auf die Begleitung der städtischen Tagespolitik konzentriert. Danach muss dringend versucht werden, weitere Mitglieder zur Mitarbeit in der AG zu gewinnen.

Für die AG Gleichstellung: Stefan Müller

9.3 Arbeitsgruppe Kultur

Der harte Kern unserer Arbeitsgruppe Kultur hat sich 2016 aktiv am Prozess zur Erarbeitung der gesamtstädtischen Kulturstrategie beteiligt. Konkret haben wir die beiden Kulturforen besucht und versucht, unsere Positionen dort einzubringen. Vergleicht man unser Positionspapier „Kulturpolitik der Stadt Bern“ mit der nun ausgearbeiteten gesamtstädtischen Kulturstrategie, kann man unschwer erkennen, dass uns dies in vielen Bereichen gelungen ist.

Beispielsweise wird die Kinder- und Jugendkultur ein Bereich sein, der in den nächsten Jahren mehr Förderung erfahren wird. Auch das Thema „Räume für Kulturschaffende“ hat in der Kulturstrategie Niederschlag gefunden und zudem der niederschwellige Zugang zu den Kulturangeboten der Stadt Bern. Die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden wurde in unserem Positionspapier als wichtiges Ziel aufgenommen, auch in der Kulturstrategie wurde das Thema aufgegriffen. Laut einer von den Verbänden der Kulturschaffenden (Suisseculture Sociale) erarbeiteten Studie verdienen Schweizer Künstlerinnen und Künstler im Schnitt 40'000 Franken im Jahr. Es wird bemängelt, dass sich die fehlende Altersvorsorge und die tiefen Einkommen in den letzten Jahren eher zugespitzt hätten. Wir trafen uns deswegen mit ACT, dem Verband der Theaterschaffenden.

Im Berichtsjahr ist die AG Kultur an zwei regulären Sitzungen zusammengekommen. Es wurde weiter am Forderungskatalog aus unserem Positionspapier Kultur gearbeitet. Das Thema „Räume für Kulturschaffende“ scheint sich langsam zu entschärfen. Mit der neu geschaffenen Raumbörse und dadurch dass Zwischennutzungen nun auch in Bern als gute Übergangslösung angesehen werden, sind wir einen kleinen Schritt weitergekommen. Im Hinblick auf die Möglichkeit von Zwischennutzungen hat die SP einen Vorstoss eingereicht, der den Gemeinderat auffordert, die Bauordnung anzupassen und einen Zwischennutzungsartikel einzuführen, um dadurch die temporäre Nutzung von Gebäuden zu vereinfachen (Motion Fraktion SP: Zwischennutzungen den Weg frei machen – Anpassung der Bauordnung).

Zudem haben wir über das Thema „Frauen in Vorständen und Stiftungsräten von Berner Kultureinrichtungen“ gesprochen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die Zusammensetzung der Leitungsgremien von Kultureinrichtung, aber auch die Zusammensetzungen der städtischen Kulturkommissionen, viel zu homogen ist. Um einen Sinneswandel herbeizuführen und mehr Diversität in Vorständen und Stiftungsräten zu erreichen, sollten potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten motiviert und vorgeschlagen werden.

Für die AG Kultursitzungen 2017 haben wir bereits drei Termine festgelegt (6.3., 28.8. und 20.11.2017, jeweils abends). Die Themen werden uns auch 2017 nicht ausgehen. Interessierte Mitglieder sind jederzeit herzlich willkommen.

Die Mitglieder der AG Kultur sind: Katharina Altas, Patrizia Mordini, Adrian Schild, Renate Heer, Jean-Luc Froidevaux, Markus Morgenegg, Erwin Hurni und Nicola von Greyerz

Für die AG Kultur: Katharina Altas und Patrizia Mordini

9.4 Arbeitsgruppe Sicherheit

Die AG Sicherheit kann auf ein intensives und papierreiches Jahr 2016 zurückblicken. Im Frühjahr haben wir im Auftrag der Geschäftsleitung Fragen zum Konstrukt *Police Bern* abgeklärt. Die GL folgte unserer Beurteilung, dass *Police Bern* ein Fehlkonstrukt sei und die politische Steuerung der Polizei erschwert, eine Kündigung des Ressourcenvertrages durch die Stadt an diesem Sachverhalt aber nichts ändern würde.

Im August entschied die Delegiertenversammlung über das von der AG erarbeitete Positionspapier „Öffentliche Sicherheit in der Stadt Bern“. Damit konnten die politischen Grundlagen unserer Sicherheitspolitik neu justiert und vor allem auch auf die bisherigen Erfahrungen mit *Police Bern* ausgerichtet werden.

Im Herbst beschäftigte uns die Vernehmlassung zur Revision des kantonalen Polizeigesetzes. Neben der Vernehmlassungsantwort der Kantonalpartei (zu welcher wir uns auch einbrachten) war von Beginn weg klar, dass eine Beurteilung aus städtischer Sicht andere Schwerpunkte legen müsste. Koordiniert mit anderen Parteien und Gruppierungen aus dem linken Spektrum erarbeiteten wir eine eigene Vernehmlassungsantwort für die Stadtpartei, welche die Geschäftsleitung im Dezember guthiess.

Diese drei Papiere hielten uns derart in Atem, dass wir das ursprüngliche Jahresziel - eine Debatte für eine fortschrittliche Drogenpolitik zu lancieren - auf das kommende Jahr verschieben mussten. Der Wunsch nach einer solchen Debatte wurde auch von der DV im Rahmen der Beratung des sicherheitspolitischen Positionspapiers unterstrichen. Wir werden dazu die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgruppen suchen, denn Drogenpolitik ist für uns nicht in erster Linie Sicherheitspolitik. 2017 sollen zudem folgende Themen bearbeitet werden: Private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum, Rahmenbedingungen und Strategien der Terrorbekämpfung durch die Polizei sowie die Behandlung der Polizeigesetzrevision im Grossen Rat.

Die AG Sicherheit ist dieses Jahr kräftig gewachsen, als Mitglieder aufgelistet sind: Giovanna Battagliero, Yasemin Cevik, Rahel Habegger, Géraldine Kipfer, Martin Krebs, Nora Krummen, Lukas Meier, Stefan Müller, Meret Schindler, Michael Sutter und Michael von Bergen. Wir arbeiteten mit rotierender Leitung, rotierendem Protokoll und vor allem ohne fixe Terminplanung, weshalb die 5 Treffen jeweils schlecht besucht waren und wir einen grossen Teil der Arbeit auf elektronischem Weg regeln mussten. Das wird sich im 2017 wieder ändern.

Für die Arbeitsgruppe Sicherheit: Stefan Müller

9.5 Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Die AG-Sozialpolitik zählt aktuell 11 Mitglieder und hat sich im Jahr 2016 zu 6 Sitzungen getroffen.

Im Verlauf des Jahres 2016 hat die AG Sozialpolitik insbesondere die bevorstehenden Kürzungen bei der Sozialhilfe unter die SKOS-Richtlinien diskutiert, die der Grossrat vornehmen möchte. Die AG hat auch beschlossen, dass sie bei einem Referendum durch SP Kanton Bern bei der Unterschriftensammlung aktiv dabei sein wird. Im Mai hat ein Austausch mit Gemeinderätin Franziska Teuscher, Felix Wolfers (Leiter Sozialamt) und Ursula Heitz (Leiterin Kompetenzzentrum Integration) stattgefunden. Themen im Asylbereich, Arbeitsintegration, Wohnen und sozialpolitische Herausforderungen wurden diskutiert. Auch wurde unser Positionspapier überarbeitet. Im November gab es ein Austausch-Treffen mit der AG Stadtentwicklung. Im Februar 2017 wird es nochmals einen Austausch geben, um zu klären was „günstiger Wohnraum“, gemeinnütziger Wohnungsbau“ und „subventionierter Wohnbau“ heisst.

Bestandteil jeder Sitzung sind Rückmeldungen zu den Tätigkeiten der Mitglieder aus den verschiedenen Gremien. Dieses Jahr hat die AG Sozialpolitik Diskussionen zu Themen wie der Revision des Sozialhilfegesetzes, Kürzungen bei der Spitex, die Unterbringung von Asylsuchenden in der Stadt Bern sowie die Sparmassnahmen im Sozialbereich geführt.

Die Mitglieder der AG-Sozialpolitik sind: Christof Berger, Line Bussard, Martina Egenschwiler (Mitglied Parteileitung), Nadja Kehrl-Feldmann (Stadträtin), Veronika Keller, Miriam Schwarz, Markus Troxler (Mitglied Sozialhilfekommission), Gerhard Wehrli, Martin Wild-Näf (Mitglied Sozialhilfekommission), Roland Witschi, Matthias von Bergen.

Silvia Schoch Meier ist Anfang 2016 aus der AG Sozialpolitik ausgetreten.

Markus Troxler hat die Sozialhilfekommission per Ende Dezember 2016 verlassen.

Für die AG Sozialpolitik: Miriam Schwarz

9.6 Arbeitsgruppe Sport

Die Arbeitsgruppe Sport hat sich im vergangenen Jahr zu drei Sitzungen getroffen. Der Arbeitsgruppe gehörten im Jahr 2016 neun Mitglieder an. Lukas Meier und David Stampfli vertraten die Arbeitsgruppe im Stadtrat. Margret Kiener Nellen hat die Interessen der Arbeitsgruppe auf nationaler Ebene vertreten.

Nachdem unser Positionspapier "Sport und Bewegung" im Vorjahr erfolgreich verabschiedet worden war, beschäftigten wir uns im Jahr 2016 hauptsächlich mit der Reorganisation unserer Arbeitsgruppe. Wir haben versucht, neue Aufgaben und Themenfelder für die Arbeitsgruppe zu finden. Diese Evaluationsphase ist immer noch nicht ganz abgeschlossen. Zudem ist das Präsidium der Arbeitsgruppe noch immer vakant. Kevin Bomhardt hat die Arbeitsgruppe im 2016 noch ad Interim weitergeführt; er wird die Führung Anfang 2017 aber definitiv abgeben. Die Arbeitsgruppe hat beschlossen, ihre Tätigkeit vorerst nicht einzustellen und provisorisch mit wechselnder Sitzungsleitung fortzufahren.

Inhaltlich befasste sich die Arbeitsgruppe im vergangenen Jahr mit folgenden Themen:

- Planung der neuen 50m-Schwimmhalle im Neufeld
- Ausbau des Projekts Midnight-Sports
- Sportstrategie des Kantons Bern

An dieser Stelle möchten wir alle Interessierten einladen, bei unserer Arbeitsgruppe reinzuschauen und mitzumachen. Interessierte können sich beim Parteisekretariat oder direkt bei einem Mitglied der Arbeitsgruppe melden.

Die Mitglieder der AG Sport sind: Margret Kiener Nellen, Milena Eichenberger, David Stampfli, Lukas Meier, Beat Zobrist, Georges Marcoyannakis, Thomas D'Ascoli, Umut Turgul, Kevin Bomhardt

Für die AG Sport: Kevin Bomhardt

9.7 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr

Organisation

2016 tagte die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Felix Hauser und Gisela Vollmer sechs Mal; an den Sitzungen nahmen zwischen 7 und 13 Mitglieder teil. Die Spurgruppe Mobilität bereinigte den Entwurf des Positionspapiers Mobilität zu Händen der AG und der Parteigremien; die Spurgruppe Wohnen war 2016 nicht aktiv. Neben der Behandlung aktueller Themen aus der PVS stand für die AG die Erarbeitung von Stellungnahmen zu Händen der Stadtpartei im Vordergrund ihrer Tätigkeit.

Spurgruppe Mobilität

Die Spurgruppe Mobilität bereinigte das Positionspapier Mobilität, das die Bereiche Fussverkehr, Veloverkehr, ÖV, MIV, Anlieferverkehr und Flugverkehr umfasst. Der Entwurf wurde in der Gesamt-AG diskutiert und anschliessend den zuständigen Gremien vorgelegt. In GL und DV fanden die neuen Position in weiten Teilen grosse Zustimmung; Änderungsanträge wurden gemäss den Beschlüssen der DV eingearbeitet, so dass nun eine zeitgemässe Grundlage für die SP-Politik in diesem Bereich zur Verfügung steht.

Spurgruppe Wohnen

Für die Spurgruppe wird nach wie vor eine neue Leitung gesucht; nach den Wahlen soll die Spurgruppe wieder aktiv werden.

Mitwirkungen und Stellungnahmen 2016 der AG Stadtentwicklung:

1 Regionales Angebotskonzept ÖV 2018–2021

In einer detaillierten Stellungnahme verlangte die AG eine Verdichtung der Taktfrequenzen auf bestimmten Tramstrecken, insbesondere der Linien 3 und 6 sowie die Einführung eines Versuchsbetriebs «Linie 25» Köniz–Länggasse–Tiefenau. Anpassungen bei einigen Buslinien, die sofort realisiert werden könnten, waren ebenfalls Teil der Stellungnahme.

2 Übergangsmassnahmen für die Buslinie 10

Die AG war hier der klaren Meinung, dass die Qualität des öffentlichen Verkehrs ohne einen Kapazitätsausbau auf dem Gebiet der Linie 10 massiv abnehmen und vermehrt wieder auf das Auto umgestiegen wird. So forderten wir weiterhin, dass mittelfristig ein Tram realisiert wird. Kurzfristig muss geprüft werden, ob die innerstädtischen Abschnitte mit anderen Massnahmen (Bsp. Tangente Köniz – Länggasse) entlastet werden können.

3 Richtplan Fussverkehr

Die AG unterstützte grundsätzlich den vorliegenden Richtplan und nahm die 80 geplanten Massnahmen positiv zur Kenntnis. Der Fussverkehr wurde über Jahrzehnte auf allen politischen Ebenen vernachlässigt. Deshalb besteht auch in der Stadt Bern nach wie vor ein deutliches Verbesserungspotential. Dieses wurde von der AG in vielen Detailpunkten aufgezeigt.

4 STEK

Die AG begrüsst im Grundsatz die Ausgestaltung des neuen Stadtentwicklungskonzepts. Die Stadt kann mit der vorgesehenen Stossrichtung die Rolle als Verdichtungsraum wahrnehmen und der Zersiedelung und den damit anwachsenden Verkehrsströmen entgegenwirken. Defizite stellten wir bei der mangelnden aktiven Bodenpolitik fest. Zudem soll die Ausrichtung auf das Wohnen verstärkt werden. Damit die Ziele erreicht werden können, war uns darüber hinaus der Einsatz der richtigen Instrumente wichtig. Zentral ist zudem, dass die Verbindlichkeit der Massnahmen in den beiden Vertiefungsberichten „Mobilität“ sowie „Siedlung und Freiraum“ erhöht wird.

Weitere Themen der AG Stadtentwicklung:

Soziale Aspekte des Wohnbaus

Zusammen mit der AG Sozialpolitik wurde ein Ausschuss eingesetzt, der diese Fragen diskutiert. Ein erster Entwurf des Positionspapiers liegt vor. Die Zusammenarbeit soll fortgeführt werden.

Wylerringstrasse 27 / 29

Die von der SP Stadt Bern eingereichte Beschwerde gegen die Umzonung des Areals im geringfügigen Verfahren wurde vom Verwaltungsgericht leider abgelehnt.

Bauinventar Stadt Bern

Das neue Bauinventar der Stadt Bern wurde ausgiebig diskutiert. Auf eine Stellungnahme im Rahmen der «Bekanntmachung» des Inventars wurde verzichtet.

Für die AG Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr: Felix Hauser und Gisela Vollmer

9.8 Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie

Das Jahr 2015 stand für die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie ganz im Zeichen von inhaltlicher Arbeit. Als prominentester Meilenstein kann die Arbeitsgruppe ein Positionspapier zum Service public vorweisen, welches das Resultat von einigen Debatten innerhalb der Arbeitsgruppe war. Des Weiteren wurden auch Vorstösse erarbeitet, welche bereits im Stadtrat eingereicht wurden. Als Nebeneffekt der Diskussionsgrundlage wurden am Parteitag sogar Anträge zum Wirtschaftspapier der SP Schweiz eingereicht.

Dank den Diskussionsvorschlägen der Geschäftsleitung wurde sich die AG Wirtschaft und Energie bewusst, dass Service public gerade auch auf Gemeindeebene ein wichtiges Themenfeld darstellt. Denn im Schlepptau des neoliberalen Diskurses greifen Wirtschaftsverbände und bürgerliche Parteien den Service public seit Jahrzehnten auch in Bern an. Mit einer Politik der leeren Kassen setzen sie die öffentlichen Verwaltungen unter Druck. Privatisierungsprojekte sollen rentierende Einheiten aus den Service public herausbrechen und eine abstruse Marktlogik torpediert unter dem Deckmantel der individuellen Entscheidungsfreiheit soziale Abfederungsmassnahmen. Wie verschiedene Positionierungen der jüngsten Zeit belegen (z.B. Kita-Gutscheine), steht eine erneute Debatte in dieser Frage an. Deshalb stellen wir im Papier unserer Arbeitsgruppe fünf Thesen aus sozialdemokratischer Sicht vor. Nach einer Vernehmlassung in der Geschäftsleitung und in den Sektionen sollen diese Thesen im Rahmen einer Delegiertenversammlung diskutiert werden.

Ein wichtiges Element des Austausches in unserer Arbeitsgruppe stellt die Verbindung zur Energiekommission dar. Dank Einsitz des Co-Vorsitzenden der AG, Halua Pinto de Magalhães, in dieser gemeinderätlichen Kommission ist sichergestellt, dass aktuelle Informationen aus dem Energie- und Umweltbereich direkt an den Sitzungen thematisiert werden konnten. Daher befassten wir uns in der Arbeitsgruppe auch mit der Überarbeitung der Eignerstrategie von ewb, die letztes Jahr vollzogen wurde. Daraus entstand das Bedürfnis, sich der Thematik „Smart Cities“ im konkreten Fall der Stadt Bern auseinander zu setzen. Denn seit der globalen Wirtschaftskrise 2008 mit ihren Folgen für öffentliche Investitionen boomt ein neuer Trend der modernen Stadtentwicklung: „Smart City“ beherrscht den Diskurs über die Stadt der Zukunft. Doch eine Stadt der Zukunft muss nicht nur technologisch smart sein, sondern sich auch auf die soziale Dimension dieser Entwicklung vorbereiten und Lösungen anbieten – für ihre BewohnerInnen und ihre Beschäftigten. Mit diesem Anliegen gelangten wir nun mittels mehrerer Vorstösse an den Gemeinderat, welcher ebenfalls die Voraussetzungen schaffen will, smart zu werden. Wir sind gespannt auf die Antworten.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie hat sich vier Mal als Gesamtarbeitsgruppe getroffen und mehrmals in kleineren Unterarbeitsgruppen verteilt über das ganze Jahr. Die AG setzt sich zusammen aus: Ingrid Kissling-Näf (Co-Vorsitz), Halua Pinto de Magalhães (Co-Vorsitz), Johannes Wartenweiler, Michael Arn, Benno Frauchiger, Christian Käch, Nicola von Greyerz, Gottfried Treviranus.

Für die AG Wirtschaft und Energie: Ingrid Kissling-Näf und Halua Pinto de Magalhães

9.9 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit

Die AG regionale Zusammenarbeit wurde im November 2013 konstituiert und besteht aus SP-Politikerinnen und -Politikern der fünf Gemeinden Bern (Ingrid Kissling, Stefan Jordi, Peter Marbet), Köniz (Ruedi Lüthi, Annemarie Berlinger), Ostermundigen (Christian Zahler – Leitung der AG; Ruedi Mahler), Muri (Beat Wegmüller) und Zollikofen (Hans-Jörg Rhyn). In den drei Jahren seit der Gründung ist in der AG die Überzeugung gewachsen, dass die Zusammenarbeit in der Region Bern nur intensiviert werden kann, wenn dazu auch die nötigen Treffpunkte und Strukturen existieren – die AG selber bildet die Basis dazu.

Konkret wird diese Idee mit einem parlamentarischen Vorstoss «Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen» verfolgt. Das Postulat lädt die Exekutiven ein, mit den benachbarten Gemeinden eine «Resonanzgruppe Kernregion Bern», unter Einschluss von Vertretungen der Parlamente, einzurichten und gemeinsam Ziele und Vorstellungen für die Entwicklung der Kernregion zu diskutieren. Der Vorstoss wurde vom Stadtrat am 3. November 2016 mit 49 zu 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen. Damit ist der Vorstoss in allen Gemeinden eingereicht und überwiesen: Muri, Ostermundigen, Zollikofen, Bern und Köniz. Übrigens hat auch Münchenbuchsee Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit in der Region bekundet. 2017 wird es darum gehen, die Umsetzung des Vorstosses resp. die Gründung der «Resonanzgruppe» zu begleiten und die Energie für das Thema hoch zu halten.

Zur Tradition geworden ist, dass die Arbeitsgruppe einmal pro Jahr eine gemeinsame Delegierten- resp. Mitgliederversammlung der SP organisiert. An der Veranstaltung, die am 13. Juni 2016 im Sternen Bümpliz stattfand, stand die Migrationspolitik im Zentrum. Mit Referaten von Ursula Heitz, Leiterin Kompetenzzentrum für Integration der Stadt Bern, Rita Hofstetter, Leiterin eines Asylzentrums in Zollikofen, und Christoph Salzmann, Freiwilliger im Asylzentrum Zieglerspital, wurde am Beispiel der Migrations- und Flüchtlingspolitik klar, dass auch in diesem Politikbereich nur eine enge Zusammenarbeit unter den Gemeinden gute Lösungen bringt.

Daneben gab es noch ganz ein anderes Thema, das die AG im vergangenen Jahr beschäftigte: Mit der Velooffensive in der Stadt Bern ergibt sich neuer Abstimmungsbedarf mit den Nachbargemeinden. Mit Vorstössen in den Parlamenten Köniz und Ostermundigen für den Bau von Velorouten und die Beteiligung am geplanten Veloverleihsystem in der Stadt Bern hat die Arbeitsgruppe erste Pflöcke eingeschlagen, die im laufenden Jahr zu konkretisieren sind. Das Thema Fuss- und Veloverkehr soll deshalb auch an der gemeinsamen Versammlung 2017 im Zentrum stehen.

Für die AG regionale Zusammenarbeit: Peter Marbet

10. Bericht der JUSO Stadt Bern

Wir zeigen Missstände in der Stadt Bern auf, zu denen andere schweigen. Wir sprechen an, was sonst totgeschwiegen wird. Als linke Jungpartei ist es unsere Aufgabe, unbequem zu sein und auf den Sack zu gehen! Unzählige Stunden haben junge AktivistInnen auf der Strasse gestanden und für eine bessere Welt gekämpft. Hier ein Überblick über die wichtigsten Aktivitäten:

NDG und Büp

Am 14. Januar konnte das erfolgreich gesammelte NDG-Referendum eingereicht werden. Damit sollte die Stimmbevölkerung das letzte Wort zum neuen Schnüffelgesetz haben. Die 67'271 Unterschriften zeigten den grossen Widerstand in der Bevölkerung gegen den unkontrollierten Ausbau der Massenüberwachung und die Beschränkung der Grundrechte.

Doch noch konnten wir uns nicht zurücklehnen, sogleich begann die Sammelphase für das Büp-Referendum. Auch hier standen unsere Aktivistinnen stundenlang auf der Strasse um gegen die Massenüberwachung zu sammeln. Leider kam das Referendum trotz aller Anstrengungen nicht zustande.

Was Anfang Jahr mit der Einreichung begonnen hatte, ging im September in die zweite Runde: Der Abstimmungskampf zum NDG-Referendum begann. Kreide auf den Strassen, Flyer in den Briefkästen der gesamten Stadt: Auch diesen Abstimmungskampf wollten wir nicht kampflos aufgeben. Jeden Tag standen wir frühmorgens am Bahnhof, um die PendlerInnen über die Veröffentlichung unserer aller Privatsphären aufzuklären.

Spekulationsstopp-Initiative

Zum Jahresbeginn starteten wir ebenfalls in den intensiven Abstimmungskampf zur Spekulationsstopp-Initiative. Unzählige Stunden standen wir auf der Strasse zum Flyern, telefonierten um Fahnen zu verteilen, zogen durch Bars, beklebten Lebensmittelbeschriftungen in Coop und Migros-Filialen oder fielen vor der UBS zu Boden, um auf die schrecklichen Folgen der Nahrungsmittelspekulation aufmerksam zu machen.

Mit Grabkreuzen, die in einer nächtlichen Aktion in der ganzen Stadt verteilt wurden, beendeten wir einen intensiv geführten Abstimmungskampf.

Am 28. Februar 2016 kamen weitere wichtige Vorlagen vors Volk. So gingen wir auch für ein NEIN zur Durchsetzungsinitiative und ein NEIN zur CVP-Ehe-Initiative auf die Strasse!

JUNG! LAUT! LINKS! Kompromisslos für Bern!

Die JUSO Stadt Bern hat sich entschieden mit einer eigenen Liste in den Wahlkampf für die Stadtratswahlen zu steigen. Dies war auch der Schwerpunkt des gesamten JUSO-Jahres. Der Fokus wurde auf die Themenschwerpunkte Freiraum, Wohnraum und Service public gelegt.

Der Wahlkampf wurde mit einer Kickoff-Aktion in Form eines Theaters vor dem Rathaus gestartet. 30 motivierte Kandidatinnen und Kandidaten der JUSO stellten sich zur Verfügung, um im Berner Stadtrat zu politisieren und der Jugend somit eine Stimme zu geben. Die Arbeit begann mit der Produktion der Drucksachen. Diese kamen auch an: «Die klare Nummer 1 in Bildsprache und Aussagekraft», so setzte die „Berne Zeitung“ unser Wahlplakat auf Platz 1. Die Aktionsplanung wurde an die Produktion diverser Wahlkampfvideos gekoppelt, die passend zu unseren Themen verschiedene Problematiken in der Stadt Bern aufzeigen sollten. Im Allgemeinen wurde beim Wahlkampf auf eine hohe Online-Präsenz gesetzt. Der Wahlkampf endete mit einer Aktion, bei welcher wir ein riesiges Transparent vor dem Rathaus an unzähligen Heliumballonen in die Luft steigen liessen.



Unser Engagement wurde am 27. November mit zwei neuen Sitzen im Stadtrat belohnt. Wir gratulieren Tamara Funicello und Mohamed Abdirahim an dieser Stelle und wünschen ihnen viel Erfolg bei der parlamentarischen Arbeit. Für Unterstützung wurde mit der Gründung einer neuen Arbeitsgruppe „Stadtrat“ bereits gesorgt. Aufgabe der AG ist es, das Ratsgeschäft zu verfolgen, unsere Stadträte zu beraten und bei der Sitzungsvorbereitung zu helfen.

Auch nach unserem Wahlkampf, waren die Wahlen für uns noch nicht vorbei. Denn für uns war eines klar: Die JUSO wählt am 15. Januar weiblich. Bern braucht eine Frau an der Spitze – das erste Mal seit 825 Jahren! Somit endete unser Jahr im Dezember mit einer Aktion, die den Erlacherhof als Frauenraum kennzeichnet und

somit unsere Unterstützung von Ursula Wyss für das Stadtpräsidium zum Ausdruck brachte.



Politische Bildung

Intern lag der Schwerpunkt vor allem auf der politischen Bildung. Auch hier wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Themen und Diskussionen vorbereitet. An jeder Vollversammlung findet in der ersten Stunde jeweils eine Diskussion statt, welche möglichst ein Basismitglied vorbereitet und leitet. Zudem wurde für etwas ausgiebigere Themen der „Rote Samstag“ eingeführt. Dabei nehmen wir uns, wie der Name schon sagt, an einem Samstagnachmittag die Zeit, ein Thema ausführlich zu besprechen. Auch für die gemütlichere und informelle Diskussion wurde mit dem Politbier gesorgt. Wir sehen die Bildung als eines der wichtigsten Instrumente unserer politischen Arbeit.

Internes

Am 18. Juni war klar: Die neue Präsidentin der JUSO Schweiz heisst Tamara Funiello. Mit Tamara verliess uns ein langjähriges Vorstandsmitglied. Wir danken ihr für ihren unglaublichen Einsatz für die JUSO Bern, aber vor allem für eine gerechtere und bessere Welt. Wir wissen, dass sie diesen Kampf als JUSO-Präsidentin weiterführen wird.

Der Rücktritt von Tamara zog eine Neuorientierung des gesamten Vorstandes nach sich. Verantwortungen sollen zwar klar geklärt, aber nicht zu stark dezentralisiert werden. Eine klare Aufgabentrennung ist in unserer Sektion besonders wichtig, da wir weder ein Präsidium noch ein Zentralsekretariat haben. Bei der Neustrukturierung stand der direkte Einbezug der grossen Basis im Vordergrund. Mit der Gründung diverser Arbeitsgruppen, in denen sich unsere Mitglieder direkt einbringen können, und einer transparenten Arbeitsweise des Vorstandes wollen wir dieses Ziel erreichen.

Die JUSO Stadt Bern ist mit 280 Mitgliedern die zweitgrösste Sektion der JUSO Schweiz. Mit einem Mitgliederwachstum von 8.1 % im vergangenen Jahr konnten wir unsere Basis weiter stärken. Eine Problematik liegt allerdings darin, dass wir nur ungefähr 60 aktive Mitglieder haben. Eine bessere Aktivierung nicht aktiver Mitglieder wird uns im nächsten Jahr sicherlich beschäftigen.

„Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ Bertolt Brecht

Wir brauchen nicht zu erwähnen, dass 2016 kein erfreuliches Jahr war. Ein sexistischer, rassistischer Psychopath wurde zum mächtigsten Mann der Welt gewählt, Menschen auf der Flucht ertrinken vor der Festung Europa, die Schweiz rutscht zunehmend nach rechts und glaubt der Propaganda von millionenschweren Grossaktionären.

Wir wollen den Menschen eine Alternative geben. Wir glauben an Menschlichkeit statt Profite, an Offenheit statt Isolation. Wir glauben an eine solidarische Welt.

Und dafür gehen wir auf die Strasse, auch im Jahr 2017! Auf zum Kampf für eine bessere und gerechtere Welt! Venceremos!

Für den Vorstand der JUSO Stadt Bern: Barbara Keller

11. Kontaktadressen

SP Stadt Bern
Postfach 2947
3001 Bern
031 370 07 90
bern@spbe.ch
www.spbern.ch

JUSO Bern
Postfach 2947
3001 Bern
info@juso.be
www.juso.be

SP Bern Altstadt Kirchenfeld
Postfach 511
3000 Bern 8
info@sp-altstadt.ch
www.spbern-altstadt.ch

SP Bümpliz/Bethlehem
Postfach 713
3018 Bern
info@spbb.ch
www.spbb.ch

SP Bern-Nord
Postfach 609
3000 Bern 22
info@sp-bern-nord.ch
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Holligen
Postfach
3000 Bern
info@spholligen.ch
www.spholligen.ch

SP Bern Ost
c/o Barbara Nyffeler
Weissweg 2
3006 Bern
nyffeler.friedli@bluewin.ch
www.sp-bern-ost.ch

SP Bern Süd
3000 Bern
info@sp-bern-sued.ch
www.sp-bern-sued.ch

SP Länggasse-Felsenau
Postfach 828
3000 Bern 9
info@sp-lf.ch
www.sp-lf.ch